

Bern, 21. November 2017



**Per E-Mail**

**Bundesamt für Justiz**

**Fachbereich Zivilrecht und Zivilprozessrecht**

**Bundesrain 20**

**3003 Bern**

[sibyll.walter@bj.admin.ch](mailto:sibyll.walter@bj.admin.ch)

## **Vernehmlassung zur Verordnung über die Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen (InkHV)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen:

### **Allgemeine Bemerkungen**

Die SP Schweiz unterstützt den Erlass dieser neuen Verordnung nachdrücklich und vorbehaltlos. Für uns ist die mit dieser vorgeschlagenen Vereinheitlichung der Vorgaben an die kantonalen Stellen der Inkassohilfe beabsichtigte Sicherstellung einer kompetenten und effizienten Unterstützung<sup>1</sup> ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Situation von unterhaltsberechtigten Personen zur Durchsetzung ihrer Ansprüche und damit zur notwendigen Verbesserung ihrer meist schwierigen finanziellen Situation.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es für die SP Schweiz auch zentral, dass die Kantone (und Gemeinden) bei Inkraftsetzung dieser Verordnung die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur raschen und vollständigen Umsetzung bereitstellen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, S. 11.

<sup>2</sup> Erläuternder Bericht, S. 5f.

<sup>3</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, S. 58.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Christian Levrat  
Präsident



Claudio Marti  
Politischer Fachsekretär